

Editorial

Wir haben uns in diesem Themenheft Gedanken gemacht, wie transformatorische Einflüsse die Gesellschaft verändern. Überrascht stellen wir fest, dass die Menschen in großer Zahl trotz all des Reichtums unzufrieden sind. Wieso sind sie nicht glücklicher und wieso gönnen sie sich nicht mehr Muße? Überrascht kann man auch über den weit verbreiteten Zukunfts-Pessimismus sein. Dabei ist festzustellen, dass das Wachstum der Weltbevölkerung, die Globalisierung, der technische Fortschritt und vor allem Digitalisierung und künstliche Intelligenz im Begriff sind, die Welt noch einmal radikal zu verändern. Großen Chancen stehen große Gefahren gegenüber.

Als Liberale wollen wir nicht transformatorische Einflüsse über uns ergehen lassen, sondern diese selbstbestimmt und frei mitgestalten.

Diese Ausgabe von LSI Aktuell ist auch gleichzeitig die Einladung zu unserer Mitgliederversammlung am 23. September 2023 in Ludwigsburg. Es stehen wieder Neuwahlen an, der Ablauf ist auf Seite 18 beschrieben.

Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Sommer.

Dr. Wolfgang Allehoff
Landesvorsitzender

Instrumente zur Transformation der Gesellschaft

Die Wirtschaftswissenschaften unterscheiden verschiedene Arten von Gütern. So zum Beispiel:

- private Güter
- öffentliche Güter
- meritorische Güter

Unter privaten Gütern kann sich jeder etwas vorstellen. Unter öffentlichen Gütern auch.

Doch was sind meritorische Güter? Das ist eine spannende Frage, denn hinter diesem Begriff versteckt sich ein Instrument, das bei der (angestrebten) Transformation unserer Gesellschaft eine enorme Hebelwirkung in einem bisher ungeahnten Ausmaß entfaltet.

„Meritorische Güter sind Güter, die vom Staat gefördert werden, da die soziale oder individuelle Wohlfahrt durch ihren Konsum erhöht wird, und dies oft nicht allein durch den Marktmechanismus erreicht wird. Meritorische Güter haben positive externe Effekte, die über den Nutzen des einzelnen Konsumenten hinausgehen. Beispiele für meritorische Güter sind Bildung, Gesundheitsdienstleistungen, öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Renten-, Arbeitslosen-, Kranken- oder KFZ-Haftpflichtversicherungen, TÜV, Förderung kultureller Veranstaltungen oder aber Umwelt-

schutzmaßnahmen. Der Staat kann Steueranreize oder Subventionen bieten, um den Konsum meritorischer Güter zu fördern, da die Gesellschaft als Ganzes davon profitiert.“

So lautet die Definition.

Also kurz und knapp auf den Punkt gebracht: Bei

**Schwerpunkt-Thema:
Transformation**

meritorischen Gütern handelt es sich um sinnvolle Einrichtungen, die gesamtgesellschaftlich gesehen den sozialen Frieden sichern und für hohe Standards in Bereichen sorgen, die ansonsten ein Schattendasein führen würden. So weit so gut. Das Besorgniserregende an dieser Geschichte ist, dass es inzwischen eine wahre Inflation von meritorischen Gütern gibt.

Das liegt daran, dass es neben meritorischen Gütern, die gesamtgesellschaftlich anerkannt sind, einige Konstrukte von pseudo-meritorischen Gütern gibt. Hier hilft die Unterscheidung zwischen auslösendem Phänomen und der angemessenen Reaktion darauf weiter. Beim Phänomen Krankheitswahrscheinlichkeit oder Unfallhäufigkeit in der Bevölkerung und der Reaktion Pflichtversicherung ist das meritorische Gut eingängig für je-

den. Für das Phänomen Klimawandel und die Flut an Wende-Reaktionen ist das nicht gegeben.

[Energie-, Verkehrs-, Heizungs-, etc.]

Niemand mit gesundem Menschenverstand würde auf die Idee kommen, diese Herzensanliegen diverser politischer Strömungen

als meritorische Güter zu bezeichnen.

Und doch werden sie genau so behandelt,

denn sie haben sämtliche Merkmale erfüllt, die an die Definition eines meritorischen Gutes gestellt werden:

Sie müssen allesamt durch den Staat gefördert werden, da der Marktmechanismus nicht die Nachfrage nach diesen Gütern sichert. Diese Güter werden allerdings von gewissen Kreisen als derart wichtig erachtet, dass sie durch gesetzliche Vorschriften sowie Steueranreize und Subventionen massiv geschützt und gefördert werden.

Bei näherer Betrachtung tauchen in diesem Zusammenhang gleich mehrere Fragen auf:

1. Die erste und wichtigste: Wer erhebt ein Gut zu einem meritorischen Gut?
2. Sind diese meritorischen Güter überhaupt von derart herausragender Bedeutung, dass sie nicht nur mit Millionen,

Was versteht man unter Meritorik?

Auf R. A. Musgrave zurückgehendes finanzwissenschaftliches Konzept für Güter, bei denen der Staat, die Konsumentensouveränität bewusst ignorierend, in das Marktgeschehen eingreift. Durch den Eingriff wird das für „falsch“ erachtete Marktergebnis bzw. Konsumniveau korrigiert.

Was sind meritorische Güter [einfach erklärt]?

Meritorische Güter werden aus Sicht des Staates zu wenig nachgefragt. Sie haben jedoch einen hohen Nutzen für die Gesellschaft. Der Konsum solcher Güter wirkt sich also zum Beispiel positiv auf Gesundheit, Umwelt oder Bildung aus. Bücher, Theaterbesuche, Impfungen und der öffentliche Nahverkehr sind also meritorische Güter

Erklärung für Studenten im Internet



Meritorische Güter: Die effektivsten Instrumente

- sondern in einzelnen Fällen sogar mit Milliarden an Steuergeldern gefördert werden müssen?
3. Werden die Fördermittel, die Subventionen und planwirtschaftlichen Eingriffe sinnvoll ein- und umgesetzt?
 4. Wird der angestrebte Zweck über dieses Instrument überhaupt erreicht?
 5. Gibt es eine qualifizierte Kontrolle durch Messung und unabhängige Evaluation?

Zu Frage eins: Es obliegt der jeweils amtierenden Regierung zu bestimmen, welche wichtigen öffentlichen Anliegen zu einem meritorischen Gut erhoben werden sollen. In Deutschland wird von dieser Option reichlich Gebrauch gemacht. Im Gegensatz zu den USA. Bildung, Pflichtversicherungen, Förderung kultureller Einrichtungen oder Umweltschutzmaßnahmen stehen nicht unbedingt an erster Stelle der dortigen politischen Agenda.

Es ist ein gut gehütetes Geheimnis, wie es diverse Anliegen schaffen, in Deutschland zum meritorischen Gut erklärt zu werden, denn dieser Prozess ist alles andere als transparent und darüber hinaus auch nicht unbedingt demokratisch legiti-

miert. Und dennoch (oder gerade deshalb) schaffen es immer mehr dubiose Anliegen in den (virtuellen) Katalog der meritorischen Güter aufgenommen zu werden.

Das löst sofort eine Kaskade an Gesetzgebungsverfahren, Schaffung neuer Ämter und Behördenstrukturen, Subventionspools und ausuferndem Bürokratismus aus.

Man muss sich das mal wirklich klar machen: In dem Anliegen wie das Eindämmen von Diskriminierung oder die Etablierung einer Willkommenskultur zu einem meritorischen Gut erklärt werden, setzt sich ein Gesetzgebungsprozess, die Aufblähung des Staatsapparates, die Schaffung von Subventionstöpfen und den Aufbau weiterer Bürokratiemonster in Gang.

Stellt sich die Frage: Wozu das alles? Antwort: All das dient der Transformation unserer Gesellschaft. Es gibt kein effektiveres Instrument, das mit einem wirksameren Hebel ausgestattet ist als die Erhebung eines Anliegens zu einem meritorischen Gut mit all den sich hieraus ergebenden Konsequenzen. Schaut man sich die Unterschiede zwischen Deutschland und den USA an, dann lässt sich erkennen, wie energisch und mit welchen Methoden der Transformationsprozess in Deutschland vorange-

trieben wird. Und dabei spielt das Instrument „meritorisches Gut“ eine zentrale Rolle. Kaum jemand ist sich dieser Tatsache bewusst.

Kommen wir zur zweiten Frage: Sind es all diese meritorischen Güter wert, dass dieser riesige Aufwand um sie herum betrieben wird?

Aus liberaler Sicht kann hier nur ein klares „Nein“ stehen.

Wer jedoch den Umbau der Gesellschaft, deren Transformation zu einer planwirtschaftlich gesteuerten Wirtschaft und die Einschränkung der individuellen Persönlichkeitsrechte im Sinn hat, wird keinen Aufwand in dieser Hinsicht scheuen. Und genau das passiert gerade. **Wer diesen Transformationsprozess stoppen möchte, muss sich also mit der Frage auseinandersetzen, wie verhindert werden kann, dass immer mehr dubiose Anliegen als Treibriemen der Transformation missbraucht werden, indem sie zu meritorischen Gütern erklärt werden.**

Es geht um die Tragweite dieses Komplexes. Gerade aus liberaler Sicht sollte jedoch diesem undurchsichtigen Themenkreis besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Wir werden uns deshalb der Frage zuwenden, wie die Akzeptanz von meritorischen Gütern mithilfe von Paternalismus gegen den normativen liberalen Individualismus durchgesetzt wird.

Inflation der meritorischen Güter: mit Paternalismus

Als paternalistisch werden Handlungen oder Regeln außerhalb des politischen Kontextes bezeichnet, die gegen den Willen, aber auf das vermeintliche Wohl eines anderen ausgerichtet sind. Paternalistische Regelungen werden von den Adressaten häufig als Bevormundung und Einengung ihrer Autonomie angesehen.

Über den Zusammenhang von Paternalismus als Gegenspieler zum normativen Individualismus und dem Anwachsen der meritorischen Güter hat Prof. Dr. Dr. h.c. Gebhard Kirchgässner von der Uni St. Gallen 2012 einen Vortrag im Rahmen der Tagung „Grenzen der Konsumentensouveränität“ bei der Evangelischen Akademie Tutzing gehalten. Wir haben Kernelemente seiner Überlegungen hier übernommen.

Paternalismus ist allgegenwärtig. Egal ob es um soziale Pflichtversicherungen, um Subventionen für Oper und Theater, um kostenlose Vorsorgeuntersuchungen, um Bereitstellung von Information für Konsumenten durch den Staat, die Anschnallpflicht im Kraftfahrzeug oder die Helmpflicht für Motorrad- und möglicherweise auch für Fahrradfahrer geht. Damit widerspricht er – zumindest auf den ersten Blick – dem Leitbild des normativen Individualismus, nach welchem einzig die Indivi-

duen die Träger von Werten sind. Staatliche Eingriffe in die individuellen Entscheidungen bedürfen vor diesem Hintergrund besonderer Rechtfertigung. Entsprechende staatliche Eingriffe werden dementsprechend in aller Regel auch nicht dem Paternalismus zugerechnet.

Schließlich werden in diesen Fällen die faktischen Präferenzen der Individuen akzeptiert, auch wenn ihnen nicht unbedingt erlaubt wird, sie auszuleben: Es geht darum, negative Wirkungen auf Dritte zu verhindern, so dass letztlich ein für alle akzeptables gesellschaftliches Ergebnis herauskommt.

Anders verhält sich dies mit den meritorischen Gütern im Sinne von *Musgrave*. Hier geht es nicht um unbeteiligte Dritte, sondern darum, die Menschen so zu beeinflussen, dass sie – zu ihrem eigenen Besten – nicht ihren aktuellen Präferenzen folgen, sondern sich möglichst so verhalten, wie es der Autorität vorschwebt, welche diese Maßnahmen ergreift. Die von *Musgrave* angebotene Begründung für sein Verständnis von Meritorik ist vor dem Hintergrund eines liberalen Weltbilds – wie oben geschrieben – kaum akzeptierbar, weil die Eingriffe zu Ergeb-

nissen führen sollen, die mit den aktuellen Überzeugungen und Präferenzen der betroffenen Individuen in Konflikt stehen.

Der Staat verhält sich mit Geboten und Verböten jedoch nicht nur gegenüber Kindern bzw. unmündigen Menschen paternalistisch, sondern auch gegenüber mündigen Erwachsenen, indem er ihnen z.B. eine bestimmte Art der Altersvorsorge vorschreibt oder den Handel oder sogar den Konsum bestimmter Rauschmittel verbietet (und gleichzeitig den anderen zulässt). Musterbeispiele für diese Art von Paternalismus sind die skandinavischen Staaten. Der Staat verhindert damit in bestimmten Bereichen bewusst, dass sich die Individuen frei entscheiden können.

Kirchgässner unterscheidet verschiedene Stufen von staatlichem Paternalismus:

- **den starken (bzw. harten) Paternalismus;** hier setzt der Staat Ge- und Verbote ein. Dies betrifft z.B. Pflichtversicherungen oder das Verbot des Handels und des Konsums bestimmter Drogen.
- **den weichen Paternalismus;** hier ver-

wendet der Staat Steuern und Subventionen.

Beispiele sind die Tabaksteuer oder Subventionen für Kulturbetriebe.

- **den sanften (bzw. libertären) Paternalismus;** hier geht es ausschließlich um die Bereitstellung und Aufbereitung von Information. Das klassische Beispiel hierzu sind die vieldiskutierten 401(k)-Pläne im System der Altersvorsorge der Vereinigten Staaten.

Während somit der harte Paternalismus bestimmtes Handeln vollständig unterbinden will, erschwert es der weiche Paternalismus ‚nur‘, während der sanfte Paternalismus ausschließlich über eine Beeinflussung der Informationsaufnahme wirken will.

Offensichtlich ist, dass in wahrscheinlich vielen Fällen die Übergänge fließend sind.

Zentral im Theoriemodell der meritorischen Güter aber ist für alle Arten des Paternalismus, dass es um die Beeinflussung der Individuen zu ihrem eigenen Wohl und nicht um die Berücksichtigung der Rechte und Interessen Dritter geht.

Sind alle Medien meritorische Güter?

Medienprodukte werden häufig als meritorische Güter bezeichnet. Meritorische Güter sind dadurch gekennzeichnet, dass sie in zu geringem Maße nachgefragt werden, wenn man als Maßstab einen gesellschaftlich wünschenswerten Versorgungsgrad heranzieht, der von staatlichen Entscheidungsträgern festgelegt wird.

Erklärung für Studenten im Internet

Cartoon des Monats



Manche Menschen sind sich der Konsequenzen ihres Handelns nicht bewusst.

Lassen sich meritorische Güter rechtfertigen?

Unabhängig davon, ob es sich um harten oder sanften Paternalismus handelt, bleibt das grundsätzliche Problem der Begründung solcher Handlungen und Maßnahmen, auch wenn es sich in unterschiedlicher Schärfe stellt.

Es besteht ein Konflikt mit dem Leitbild des normativen Individualismus.

Nun kann man einen Teil dieser Maßnahmen mit externen Effekten und/oder Verteilungsargumenten rechtfertigen. Dies gilt z.B. für die Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge. Sie soll sicherstellen, dass bei einem Unfall die erforderlichen Schadensersatzzahlungen auch geleistet werden.

Ähnlich kann man für eine minimale Pflichtversicherung in der Altersvorsorge argumentieren. Hier soll verhindert werden, dass einzelne Bürgerinnen und Bürger im Alter der Allgemeinheit zur Last fallen, weil dann, wenn sie kein Arbeitseinkommen mehr haben und auch nicht für eine Rente vorgesorgt haben, Sozialhilfe aus Steuermitteln gezahlt werden muss.

Der paternalistische Staat arbeitet jedoch nicht nur mit Ge- und Verboten, sondern auch, indem er die relativen Preise verändert, und zwar auch dort, wo dadurch keine externen Kosten oder Nutzen

ausgeglichen werden. So gibt es z.B. neben dem Verbot des Verkaufs alkoholischer Getränke an Jugendliche besondere Steuern auf diese Getränke, die auch das Verhalten Erwachsener beeinflussen sollen. Einen Teil – aber nicht die gesamte Höhe – solcher Steuern kann man mit externen Kosten rechtfertigen, so z.B. die Zigarettensteuer mit jenen Kosten, die der Gesellschaft durch Krankheiten entstehen, die das Rauchen verursacht.

Bei der Subvention von Impfungen gehen die Auffassungen zwar weit auseinander, aber sie lassen sich rechtfertigen, da dann, wenn sich ein erheblicher Teil der Bevölkerung impfen lässt, wegen des dadurch verminderten Risikos der Ausbreitung der entsprechenden Krankheit auch der Rest der Bevölkerung geschützt wird (Herdenimmunität).

Die Subvention von Opernhäusern oder Theatern, die heute deutlich über 80 Prozent der gesamten Aufwendungen betragen können, lässt sich mit solchen Argumenten jedoch nicht mehr rechtfertigen.

Man kann sie als Rent-Seeking der Mittelschicht verstehen (genauer: eines bestimmten Teils der Mit-

telschicht, der sich für die kulturelle Elite hält) auf Kosten der Oberschicht und derjenigen Mitglieder der Unterschicht, die Steuern zahlen.

Lassen sich meritorische Güter rechtfertigen?

Auch wenn der Paternalismus allgegenwärtig ist und eine Gesellschaft ohne jeglichen Paternalismus kaum erstrebenswert sein dürfte, ist noch nicht geklärt, wie Paternalismus gerechtfertigt werden kann, solange man auf der Grundlage des normativen Individualismus argumentiert.

Kirchgässner meint, dass das schwierig sei und schlägt die Schweizer Lösung vor:

Ob meritorische Güter von der Bevölkerung akzeptiert werden der nicht, soll durch demokratische Abstimmungen geklärt werden.

Wie die Schweiz mit ihrer direkten Demokratie zeigt, stimmen Mehrheiten der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nicht nur für (paternalistische) Sozialversicherungen, sondern auch für die Subvention staatlicher Theater und Opernhäuser.

Kritik am sanften Paternalismus

Das Konzept des sanften Paternalismus stieß selbstverständlich auch auf Kritik. Die Debatte wurde aber nach Kirchgässner auf beiden Seiten auch mit einem ideologischen Akzent geführt. Vor allem die Frage: was, wenn der sanfte Paternalismus nicht die er-

wünschten Resultate bringt? wurde und wird sehr kontrovers diskutiert.

Schon v. Hayek kritisiert, dass bei den Vorschlägen zum sanften Paternalismus nicht klar sei, wie bzw. durch wen sie durchgesetzt werden sollen.

Beck wies darauf hin, dass der sanfte Paternalismus Einfallstore für Missbrauch und Manipulation biete. Andere Autoren bemerken, diese sanften Anstöße seien kaum in der Lage, komplexe Politikprobleme zu lösen. Dann aber müsse auch der libertä-

re Paternalismus zu härteren Maßnahmen greifen, er sei nicht mehr sanft.

Ganz allgemein bestehe die Gefahr, dass man – beginnend mit sanften Maßnahmen – sich auf eine schiefe Ebene begeben und schließlich beim harten Paternalismus lande.

Abschließende Bemerkungen

Politische Eingriffe in Marktprozesse werden in aller Regel durch die Existenz externer Effekte und/oder öffentlicher Güter gerechtfertigt. Dabei spielen die Rechte und Interessen Dritter eine zentrale Rolle: Es geht darum, negative Auswirkungen der Aktivitäten Dritter auf die Individuen auszugleichen (negative externe Effekte) bzw. positive Auswirkungen auf Dritte zu kompensieren. Im Gegensatz dazu spielen die Rechte und Interessen Dritter beim Paternalismus keine Rolle: Sie werden gar nicht tangiert. Es geht vielmehr darum, in die Entscheidungen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu deren eigenem Wohl einzugreifen. In den Wirtschaftswissenschaften werden solche Bemühungen seit *Musgrave* unter dem Begriff der ‚Meritokratie‘, ‚meritorische Güter‘ diskutiert (siehe Seite 2).

Individuen in Widerspruch zu ihren geäußerten Überzeugungen und Präferenzen zu ihrem eigenen Wohl beeinflussen zu wollen, steht zumindest dem ersten Anschein nach im Wi-

derspruch zur traditionellen Auffassung des normativen Individualismus, wonach die Individuen ausschließlich Träger der Werte sind und niemandem das Recht zusteht, ihnen die Werte, nach denen sie handeln wollen, vorzuschreiben.

Es gibt eine ganze Reihe politischer Maßnahmen, die im Rahmen des Konzepts der meritorischen Güter und der Handhabung von Paternalismus-Varianten vorgeschlagen wurden.

Sie beziehen sich insbesondere auf die Altersvorsorge sowie auf den Gesundheitsbereich; hier werden insbesondere die Probleme des Übergewichts und des Rauchens thematisiert.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen arbeiten damit, dass in einer bestimmten Situation eine bestimmte Handlungsalternative, die aus einer bestimmten Perspektive erwünscht erscheint, als Muss-Regel vorgegeben wird.

Man kann von ihr ohne Probleme abweichen. Dies erfordert freilich

eine aktive Entscheidung.

Tatsächlich aber leben wir heute in einer Welt, in der Paternalismus für meritorische Güter allgegenwärtig ist, egal ob es sich um obligatorische Sozialversicherungen, Subventionen für Theater und Oper, kostenlose Vorsorgeuntersuchungen oder die Anschnallpflicht im Kraftfahrzeug handelt.

Ein radikaler Anti-Paternalismus, wie ihn einige Ökonomen vertreten und der sich auf John Stuart Mill berufen kann, der z.B. die Ablehnung (fast) aller Arbeitsschutzgesetze implizieren würde, ist vermutlich wenig sinnvoll und kaum durchhaltbar.

Vor allem aber dürfte er im (demokratischen) politischen Prozess kaum durchsetzbar sein. Dies wird vor allem dort deutlich, wo meritorische Politik durch Volksabstimmungen legitimiert wird wie in der Schweiz. Bekennt man sich zum demokratischen Prinzip,

geht es also letztlich darum, diejenigen politischen Maßnahmen zu ergreifen, welche die Bürgerinnen und Bürger wünschen, und dies sollte unabhängig davon sein, inwieweit diese Maßnahmen mit einer bestimmten Ideologie vereinbar sind.

Es ist die eigentliche Aufgabe der Verfassungsökonomie, aufzuzeigen, welche Ergebnisse bei Anwendung welcher Regeln zu erwarten sind.

Die Festlegung der Regeln muss man – im demokratischen Staat – schon den Bürgerinnen und Bürgern selbst überlassen – also dem Parlament.

Die bereits erwähnte Tatsache, dass die Entscheidungen über diese Regeln wenn überhaupt, dann nur unter einem sehr dünnen Schleier der Unwissenheit getroffen werden, ändert daran nichts.

Vor dem Hintergrund der Transformation ist zu daher fragen:

Rechtfertigt der Klimawandel diese Flut an pseudo-meritorischen Gütern?

●WB & WHA

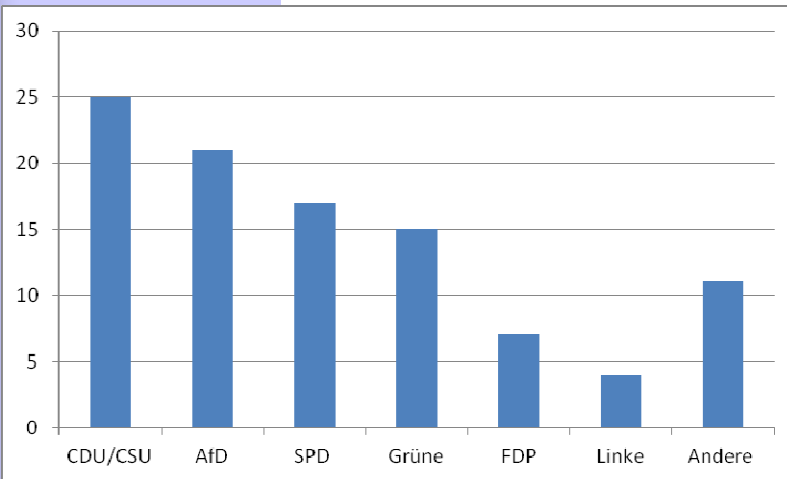
**FORSA-
Umfrage
Anfang August
2023**

Ampel verliert ein Viertel ihrer Wähler

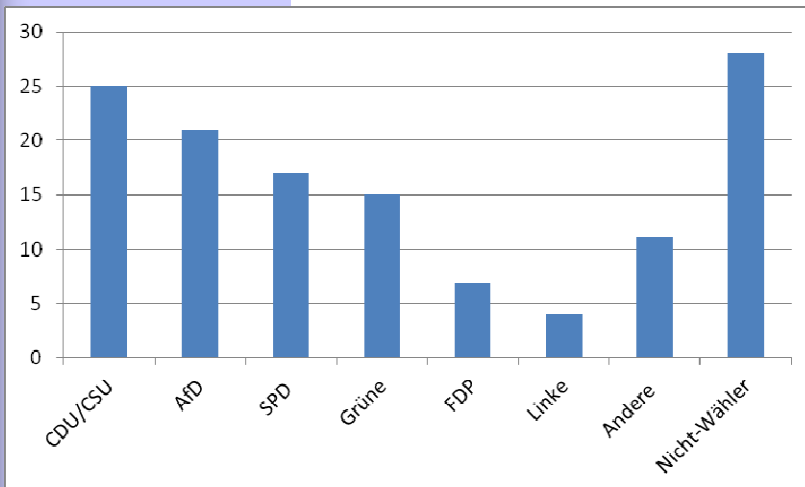
Das Forsa-Institut befragte Anfang August 2023 im Auftrag von RTL Deutschland 2502 Men-

Wählerstimmen rechnen. Bei der Bundestagswahl im September 2021 hatten ebendiese

rechtigten erst gar nicht an einer Bundestagswahl teilnehmen.



Grafik der Ergebnisse derjenigen, die wählen würden.



Grafik der Ergebnisse im Vergleich zu den Nichtwählern

schen in Deutschland. Die statistische Fehlertoleranz wurde mit 2,5 Prozentpunkten angegeben.

Nach dieser Umfrage könnten die Mitglieder der selbst ernannten „Fortschritts-Koalition“ (SPD, Grüne, FDP), bei einer Bundestagswahl zusammen nur noch mit 39 Prozent der

Parteien noch 52 Prozent der Stimmen erhalten. Das bedeutet zur Mitte der Legislaturperiode einen Wählerschwund von einem Viertel. Fände im August die Bundestagswahl statt, würde die Union im Trendbarometer von Forsa für RTL und ntv mit 25 Prozent der abgegebenen Stimmen stärkste Kraft.

Die AfD würde mit nur vier Prozentpunkten Abstand zweitstärkste Kraft (21 Prozent) vor der SPD (17 Prozent) und den Grünen (15 Prozent). Laut

Forsa-Umfrage käme die FDP auf sieben Prozent, während die Linke mit vier Prozent an der 5 Prozent-Hürde scheitern würde.

Elf Prozent der Bundesbürger würden sich für eine der Splitterparteien entscheiden. Allerdings würden sich 28 Prozent aller Wahlbe-

Trotz der offenkundigen Schwäche der Ampel-Koalition kann die Union allerdings kaum profitieren.

Forsa-Chef Güllner weist in seiner Interpretation darauf hin, dass der Vertrauensverlust in die Ampel größer sei als bei der letzten von der SPD geführte Bundesregierung unter Gerhard Schröder (zwischen 2002 und 2005).

Damals habe die rot-grüne Koalition zur Mitte der Legislaturperiode ein Minus von rund 17 Prozent eingefahren.

Damals profitierte die Union deutlich. Angesichts zahlreicher Unstimmigkeiten innerhalb der Ampel-Regierung würden viele der Befragten pessimistisch in die Zukunft blicken. Laut aktuellem Trendbarometer trauen nur noch 22 Prozent der Wahlberechtigten den drei Ampel-Parteien zusammen zu, die drängenden Probleme im Land zu bewältigen. Im vergangenen Jahr betrug dieser Wert noch 36 Prozent.

Allerdings glauben nur elf Prozent, die Union unter Oppositionsführer Friedrich Merz könne die Probleme lösen.

Warum verliert die aktuelle Ampelregierung an Zustimmung

1. Weil sie die Bürger von den wirklichen Problemen ablenkt und mit Hilfe von gesteuerten Medien Scheinprobleme und Scheinlösungen als Attrappen aufbaut.
 - **Wirkliche Probleme** sind Massenmigration und der wirtschaftliche Niedergang der deutschen Wirtschaft.
 - **Scheinprobleme** und Scheinlösungen sind non-binäre Toiletten und Hitzeschutzmaßnahmen à la Lauterbach. Beweis: tägliche Sendungen in Tagesschau und Heute.
2. Weil die mit Hilfe von teuren Visagisten und Friseuren besonders medienwirksam in Szene gesetzte feministische Außenpolitik von Annalena Baerbock ein Beispiel für den Unterschied zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik (Max Weber) ist: Hier geht es nur um ideologische Moral und geheuchelte Tugend. Gemeinsames Weinen über die Leiden des fernen Afrikas – und aktives Ignorieren der Sorgen und Nöte der eigenen deutschen Bevölkerung.
3. Weil der Begriff „Freiheit“ nach Belieben umdefiniert wird. Die "woke" Freiheit, wie sie sich im Selbstbestimmungsgesetz zeigt, ist das Gegenteil von liberaler Freiheit. Hier geht es um den allumgreifenden Paternalismus, mit dem die Regierung sich anschiekt, den Alltag der Bürger in staatlich vorgedachte Richtungen und Bahnen zu lenken.
4. Weil die Wissenschaft nicht mehr unabhängig ist, sondern die Katastrophenrhetorik in der Politik und den Medien unterstützt. Allüberall begegnet man inzwischen Forschern, die sich überwiegend wie die „Neuen Journalisten“ als Aktivisten verstehen und „Druck machen“ wollen. Deren Mantra lautet nicht “follow the science”, sondern „follow my science“. Diese Gefälligkeitswissenschaftler werden von den öffentlich-rechtlichen Medien gerne als unabhängige Experten präsentiert. Sie verdecken das doppelte Problem, dass die Politik entscheiden muss, bevor Wissen überhaupt da ist und präsentiert wird. Und dass die Politik immer nur der Wissenschaft folgt, die der Politik folgt.
5. Weil unter der Ampel eine konsequente Entmündigungspraxis eingeführt wird. Der selbständig denkende liberale Mensch, der individuelle Entscheidungen trifft, soll marginalisiert und abgeschafft werden.
6. Als Ziel soll es ein „Bündnis“ von Betreuern und Betreuten geben, die ultimative Entmündigungspraxis. Schon jetzt haben wir eine Inflation der Beauftragten für orchideenhaft Marginales und alles unter dem Heiligenschein der sogenannten Demokratieförderung.
7. Weil inzwischen viele Menschen ihrem gesunden Menschenverstand mehr vertrauen, als zu glauben,
 - dass die ungesteuerte Migration den Fachkräftemangel auch nur ansatzweise behebt,
 - dass Rezession ein ökologisch erwünschtes „De-Growth“ [wohlstandsvernichtende De-Industrialisierung] ist
 - dass Entindustrialisierung ein segensreicher Fortschritt ist.

Haben wir eine Abstimmung mit den Füßen?

Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat kürzlich medial sehr großes Aufsehen erregt mit der Meldung:

«Noch nie haben Unternehmen so viel Geld aus Deutschland abgezogen wie im vergangenen Jahr»: Es bezog sich auf OECD-Daten, laut denen deutsche Unternehmen 2022 Direktinvestitionen in Höhe von 143 Mrd. Dollar im Ausland getätigt haben, während ausländische Firmen nur 11 Mrd. Dollar in Deutschland investierten. Ein Nettoabfluss von 132 Mrd. Dollar, der laut IW höchste bisher verzeichnete Wert. Das Biotech-Unternehmen Biontech aus Mainz verlegt sein Forschungszentrum nach Grossbritannien, der Chemiekonzern BASF schließt Anlagen in Ludwigshafen und zieht zugleich für 10 Mrd. Dollar ein Verbundprojekt in China hoch; Es gibt auch Gegenbeispiele, weil die EU mit massiven Subventionen Investitionen in Magdeburg fördert. Dabei überlagern sich konjunkturelle Faktoren wie hohe Inflation, Zinswende und schwacher Welthandel mit strukturellen Faktoren wie teure Energie, lähmende Bürokratie und Fachkräftemangel. Aus Schweizer Sicht (NZZ) gibt es nun zwei Gruppen: die Gesundbetter, die die Probleme schönreden und die Klaggerweiber, die nur Jammerarien anstimmen. Aber beide würden nicht zu einer gemeinsamen Lösung zusammenfinden.

Zitate

Wir verteilen durch die Klimapolitik de facto das Weltvermögen um. Das hat mit Umweltpolitik, ... , fast nichts mehr zu tun.“

Ottmar Edenhofer, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, 2010

„Die Energiewende steht kurz vor dem Aus. Die Wahrheit ist, dass wir die Komplexität der Energiewende auf allen Feldern unterschätzt haben. Die anderen Länder in Europa halten uns sowieso für Bekloppte.“

Bundeswirtschaftsminister a.D. Sigmar Gabriel, 2014

Bei einer Umfrage unter 10000 jungen Menschen aus aller Welt vor zwei Jahren etwa gab eine Mehrheit an, unter Angst, Traurigkeit und Hilflosigkeit zu leiden – wegen des Klimas.

Der Klima- und Transformationsfonds

Die Bundesregierung hat im Umlaufverfahren während der Sommerpause einen Schattenhaushalt beschlossen, der neben Christian Lindners (FDP) eigentlichem Haushalt läuft: der „Klima- und Transformationsfonds“.

Der umfasst 211,8 Milliarden Euro für die Jahre 2024 bis 2027, wie unter anderem das *Handelsblatt* berichtet hat. Zum Vergleich: Der eigentliche Etat des Finanzministers fürs nächste Jahr beträgt 445,7 Milliarden Euro. Der „Klima- und Transformationsfonds“ speist sich im Wesentlichen aus der CO₂-Steuer. Diese soll zum Jahreswechsel um ein Viertel steigen – von 30 Euro auf 40 Euro pro freigesetzter Tonne Kohlendioxid. Die CO₂-Steuer erhebt der Bund unter anderem auf Heizen und auf Tanken. Zudem stecken im „Klima- und Transformationsfonds“ rund 70 Milliarden Euro, die Kanzler Olaf Scholz (SPD) noch als Finanzminister Bürgern versprochen hat, die durch die Corona-Politik der Bun-

desregierung in wirtschaftliche Not geraten sind.

Aus dem „Klima- und Transformationsfonds“ kann sich die Bundesregierung wie aus einem Nebenhaushalt bedienen – **und dabei den Bundestag umgehen, der damit seine Funktion als Kontrollinstanz ein Stück weiter aufgegeben hat.**

Allein im nächsten Jahr will die Bundesregierung laut *Handelsblatt* 58 Milliarden Euro aus dem Fonds ausgeben. Zum Vergleich: Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) steht in Lindners eigentlichem Haushalt nur ein Etat von 51,8 Milliarden Euro zur Verfügung.

Am stärksten von dem Fonds profitiert Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck (Grüne).

Im Vorfeld sind einzelne Medien davon ausgegangen, dass er auf 85 Prozent des Geldes zurückgreifen könne. Der Anteil wird nun wohl sinken. Wie die *Zeit* berich-

tet, sollen bis 2027 aus dem Fonds 12,5 Milliarden Euro in die Sanierung des Schienennetzes fließen. Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) hat im eigentlichen Haushalt dafür weniger bekommen, als der Koalitionsausschuss vorher versprochen hat. 18,9 Milliarden Euro aus dem Fonds will der Bund laut *Tagesspiegel* für die Gebäudesanierung ausgeben.

Der „Klima- und Transformationsfonds“ ist für viele ein buchhalterischer Trick. Schulden der Jahre 2024 bis 2027 macht der Bund schon jetzt, um für die kommenden Jahre behaupten zu können: **Der eigentliche Bundeshaushalt halte die Kriterien der „Schuldenbremse“ ein.**

• Doch sogar der Schattenhaushalt ist noch unterfinanziert. Laut *Handelsblatt* sind bis 2027 von den 211,8 Milliarden Euro 7,6 Milliarden Euro noch nicht gedeckt. ●WHA

Wie der WDR in Klassenzimmern Ängste schürt

Die *WELT* berichtet: Der WDR stellt Schülern und Lehrern eine App zur Verfügung, die Folgen des Klimawandels veranschaulichen soll – Kinder sehen sich inmitten von Flammen oder Hochwasser.

Dieser irreführende Katastrophismus hilft uns

nicht weiter. Was wir brauchen, ist eine konstruktive Klima-Bildung. Internationale Umfragen zeigen die erschreckende Wirkung der Klimawandel-Debatte:

Seit langem warnen Psychologen davor, dass immer mehr Kinder und

Jugendliche unter „Klima-Angst“ leiden würden, und sie raten Eltern, über den Klimawandel „altersgerecht“ zu sprechen.

• Das aktuelle Projekt des WDR erscheint deshalb fragwürdig und umso unverständlicher. ●WHA

Florida und Texas wehren sich gegen Wokismus

Die US-amerikanische Zeitschrift POLITICO bringt am 9. August 2023 einen ausführlichen Bericht über staatlich geförderte Maßnahmen in der Bildungspolitik. Das Bildungsministerium von Florida genehmigt die Verwendung von Videos im Klassenzimmer, die von einer konservativen Gruppe produziert wurden, die die Darstellung des Klimawandels in den Lehrbüchern für nicht angemessen hält.

Florida ist der erste Bundesstaat, der Materialien der Prager University Foundation in öffentlichen Schulen zulässt, wo Lehrer die Möglichkeit haben, die fünf- bis zehnminütigen Videos in ihren Klassenzimmern zu zeigen. Marissa Streit, CEO von PragerU, sagt, die Videos würden Schulen, die „von der Linken gekapert wurden“, wieder ins Gleichgewicht bringen. „Kleinen Kindern wird Klimahysterie beigebracht“, sagte Streit in

einem Interview. „Sie hören, dass die Welt untergeht, und wir denken, dass es ein gesundes Gleichgewicht geben muss.“

„Das Klima verändert sich ständig“, fügte Streit hinzu und wiederholte damit eine Meinung der Klimaskeptiker. Die Verbrennung fossiler Brennstoffe als Ursache für anhaltend hohe Temperaturen stimme nicht.

Die Sprecherin des Bildungsministeriums von Florida, Cassie Paelis, sagte in einer Erklärung, dass das PragerU-Material „den überarbeiteten Staatsbürgerkunde- und Regierungsstandards Floridas entspricht“ und „sich nicht von vielen anderen Ressourcen unterscheidet, die nach Ermessen des Distrikts als ergänzende Materialien in Schulen in Florida verwendet werden können.“

Die Videos von PragerU nutzen Diskussthemata, die unter Skeptikern der globalen Erwärmung häufig vorkommen.

Ein achtminütiges Video mit dem Titel „Polen: Anias Energiekrise“ zeigt beispielhaft, wie PragerU Kindern andere Klimainterpretationen nahebringt, indem es die vorherrschende Interpretation der Wissenschaft bezweifelt Menschen darstellt, die über die globale Erwärmung besorgt sind.

In dem Video macht sich die Teenagerin Ania aufgrund dessen, was sie in der Schule gelernt hat, Sorgen über den Klimawandel. Die Diskussionspunkte werden fast wörtlich mit der vertrauten Stimme von Anias Mutter und Vater vorgebracht. Anias Eltern erzählen ihr, dass sich das Klima immer abgekühlt und erwärmt hat – „lange bevor Kohlenstoffemissionen ein Faktor waren“ – und dass Klimaschutzmaßnahmen sinnlos seien, bis China und Indien ihre Emissionen reduziert hätten. Ania hört auch, dass erneuerbare Energien unzuverlässig und zu teuer seien. Ania wiederholt im Unterricht die Behauptungen ihrer Eltern und wird von ihrem Lehrer und ihren Klassenkameraden gemieden.

Ihre Traurigkeit lässt jedoch nach, als ihr Großvater ihr vom Leben unter dem Nationalsozialismus im Zweiten Weltkrieg erzählt. Ania fühlt sich gestärkt, weil ihr Großvater sagt: „Der Kampf gegen Unterdrückung erfordert immer Mut.“

Der Vorstoß von PragerU in die genehmigte Nutzung im Klassenzimmer erfolgt zu einer Zeit, in der konservative Staaten und Politiker aggressiv versuchen, den Lehrplan für LGBTQ-Themen abzubauen.

Der erste mit dieser Kampagne war der Gouverneur von Florida, Ron DeSantis, ein Republikaner, der für das Präsidentenamt kandidiert.

Der erste mit dieser Kampagne war der Gouverneur von Florida, Ron DeSantis, ein Republikaner, der für das Präsidentenamt kandidiert.

- Texas hat seinen naturwissenschaftlichen Lehrplan dahingehend geändert, dass die Schulen positive Lehren über fossile Brennstoffe erteilen müssen. Es ist ein Versuch, die aktuelle Klimawissenschaft zu hinterfragen und den nationalen Schulbuchmarkt zu beeinflussen, da Texas einer der größten Abnehmer von Lehrmaterialien in den USA ist.

- Die PragerU-Stiftung wird von den Milliardärsbrüdern Farris und Dan Wilks aus Texas gesponsert.

- WHA



Eine Szene aus einem für Teenager produzierten Video

Deutschland ruiniert seine rechtsstaatliche Institutionen



Prof. em. Dr. habil. Siegfried F. Franke, lehrte an der Norddeutschen Akademie für Finanzen und Steuerrecht, Hamburg, an der Universität Stuttgart sowie seit 2017 als Gastprofessor an der Andrassy Universität Budapest.

Wir konnten Siegfried Franke als Referenten für unsere Mitgliederversammlung am 23. September in Ludwigsburg gewinnen.

Sein Referat hat den Titel:

Deutschland ruiniert seine rechtsstaatlichen Institutionen.

Kann diese Entwicklung noch aufgehalten werden?

Besonderen Wert legt er auf Lösungsoptionen, die er aber erst in seinem Referat am 23. 9. verraten will.

1

Der Historiker Karlheinz Weißmann stellte 2018 im Magazin CATO fest, dass der Untergang von Kulturen unvermeidbar ist. Schwache Figuren drängen an die Spitze des Staats. Dort angekommen, drangsaliieren und demotivieren sie den Mittelstand mit dubiosen Theorien, Willkür und hoher Abgabenlast. Am Ende steht der Untergang. Dies ist, so Weißmann, unvermeidbar, aber wenn man die Zusammenhänge erkennt, ließe sich der Untergang wenigstens hinauszögern. Im Grunde steht er damit in der Tradition von Oswald Spengler, der schon 1917/1922 den „Untergang des Abendlandes“ prognostizierte.

2

Bekanntlich nimmt eine Reihe von Parteien für sich in Anspruch, „demokratisch“ zu sein. Kritiker sprechen deshalb von einem „Parteienkartell“. Das Adjektiv „demokratisch“ wird heute vielen Sachverhalten angeklebt. Als Staats- und Regierungsform bedeutet „Demokratie“, dass die Mehrheit des wahlberechtigten Staatsvolkes in periodisch wiederkehrenden Wahlen Entscheidungen trifft, die in erster Linie die Zusammensetzung des Parlaments und der Regierungsspitze betreffen. Mehrheiten sind nicht per

se ohne jeden Tadel, denn Mehrheiten können durchaus autokratisch oder gar totalitär ausarten. Um das zu vermeiden, sind der „Demokratie“ Zügel anzulegen. Solche Zügel kennzeichnen den „Rechtsstaat“. Pointiert: Wenn zwei Wölfe und ein Schaf darüber abstimmen, was es zum Abendessen gibt, dann nennt man das „Demokratie“, aber der „Rechtsstaat“ garantiert, dass das Schaf überlebt.

Seit Montesquieu präsentiert sich der „freiheitlich demokratische Rechtsstaat“ in der Form der Gewaltenteilung. „Frei“ bedeutet dabei zweierlei. Zum einen nämlich, dass die drei Ebenen des Staates, nämlich die Exekutive, die Legislative und die Judikative sich wechselseitig kontrollieren, und zum anderen, dass politische oder gesellschaftliche Gruppen keinen beherrschenden Einfluss auf die Staatsorgane ausüben.

Hinzu treten unantastbare Werte, die sich in der Regel in den Grund- oder Bürgerechten der jeweiligen Verfassung zeigen, wie etwa die Würde des Menschen (Art. 1GG), die Religionsfreiheit (Art. 4GG) oder die Meinungs-, Rede- und Wissenschaftsfreiheit (Art. 5GG).

3

Was so plausibel klingt und in vielen Publikationen und Reden beschworen wird, zeigt leider seit geraumer Zeit in vielen Staaten erhebliche Risse und Mängel. Sicher, es war auch in der Vergangenheit nicht alles Gold, was glänzt, aber im Großen und Ganzen waren „Demokratie“ und „Rechtsstaatlichkeit“ von der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis in die Regierungszeit von Helmut Kohl hinein vorbildlich. Minister nahmen ihre politische Verantwortung oft auch durch Rücktritte wahr, und abgewählte Kanzler gratulierten ohne Häme ihrem Nachfolger.

Auf Dauer scheint es indessen so zu sein, dass Parteien, die einmal die Macht erklommen haben, sie ungern wieder abgeben und alles daran setzen, ihre Leute auf allen hierarchischen Ebenen und vor allem auf den Ebenen der verschiedenen Staatsgewalten einzuschleusen, und damit ihre Ideen, Ideologien und ihre Macht zu zementieren.

Um einige Beispiele zu nennen: Da gibt es das Kuriosum der „parlamentarischen Staatssekretäre“. Als Staatssekretäre sind sie Mitglied der Exekutive, während diese zugleich als Abgeordnete sich selbst kontrollieren. Die Staatsanwaltschaften sind weisungsgebunden.

Deutschland ruiniert seine rechtsstaatliche Institutionen

Die Folge: Offenkundige Verfassungsbrüche (Art. 16 a: Asyl) und die Einmischung des Bundes in Landeswahlen werden nicht oder zu spät und daher ohne Folgen geahndet. Schließlich hält sogar das Bundesverfassungsgericht Gesetze, die formell korrekt zustande gekommen sind, für verfassungswidrig, weil es glaubt, jetzt schon die Zukunft voraussagen zu können, während es ein ums andere Mal vor dem übergriffigen EuGH kuscht.

Gelöschte Staatsdokumente führen nicht zu Rücktritten, sondern werden mit Beförderungen belohnt, was dazu führt, dass Daten munter weiter gelöscht oder dem Parlament vorenthalten werden. Und das Europäische Parlament, statt auf Transparenz zu beharren, nickt das auch noch brav ab, während es sich an-

dererseits nicht scheut, sich pausenlos in die inneren Angelegenheiten von EU-Mitgliedstaaten zu mischen, die dem woken Zeitgeist nicht folgen.

Minderleistungen von Kabinettsmitgliedern (Rheinland-Pfalz) führen nicht zur Frage, wie konnte deren Verhalten der Ministerpräsidentin verborgen bleiben? Hat sie nicht aufgepasst, wer da an ihrem Kabinettsitz sitzt oder schwänzt? Oder war es ihr egal? Wäre das nicht auch ein Rücktrittsgrund?

Das alles wird weder von der Presse noch vom Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk, die sich gerne als „vierte Gewalt“ bezeichnen lassen, nicht aufgegriffen. Die lange Hand der Parteien hat dafür gesorgt, das „Haltung“

mehr zählt als Kontrolle und die Aufdeckung von Missständen.

Schließlich sind noch die viel gepriesenen und angeblich notwendigen Zivilgesellschaften (NGOs) zu erwähnen. Wenn man sieht, wie manche dieser „Nichtregierungsorganisationen“ mit staatlichen Mitteln überhäuft werden, dann entpuppt sich ihre Benennung als „NGOs“ als infame Lüge.

Schlimmer noch, solche „NGOs“ – wie etwa die „Agora Energiewende“ – werden von finanzstarken und mächtigen Kapitalfonds mit Mitteln versorgt. Und sie haben es schon lange geschafft, personelle Verbindungen bis in die Ministerien zu knüpfen. Ideologie und Geld- und Machtgier verzahnen sich zusehends.

4

Das Ergebnis des daraus resultierenden Ruins rechtsstaatlicher Institutionen wird immer deutlicher:

Die Infrastruktur verrottet zusehends und geht Hand in Hand mit der De-Industrialisierung Deutschlands.

Die Bildung liegt im Argen und Spaltungstendenzen in der Gesellschaft sind unübersehbar. Dessen ungeachtet scheint die Politik der „Regenbogenfahne“ die größte Aufmerksamkeit beizumessen.

Dazu die brennende Frage: Lässt sich dieses verwobene Machtknäuel von Parteien, NGOs, Finanzkapital und der „Haltungsjournaille“ wieder entwirren? Dringend gesucht: Glaubwürdige, charakterfeste Politiker mit Ideen und Durchsetzungsvermögen, um die rechtsstaatlichen Institutionen wieder auszurichten.

Finanzen & Geldanlage:

Was hat sich seit unserer letzten Publikation geändert?

Nach jahrelanger Niedrigzinspolitik der Zentralbanken hat sich die lang vorhergesagte Inflation stark erhöht, von leicht negativ auf über 10% innerhalb kurzer Zeit. Bis Juli 2022 war der EZB Zinssatz für Banken noch bei minus 0,5%, danach ging es steil aufwärts in wenigen Schritten bis aktuell auf 4,25%.

Damit verbunden auch die Bauzinsen. Sparzinsen folg-

ten nur wenig und sehr zögerlich. Wenn auch Auslöser der Krieg in der Ukraine, Corona Krise, Lieferkettenprobleme, darstellten, **so lag die Ursache dennoch in der zu lang andauernden Nullzinspolitik der EZB.**

Dies ging einher mit einer negativen Realverzinsung und damit stetig sinkendem Einkommen. Trotz internationaler Zinsanhebungen ging es mit der Weltwirtschaft weiter aufwärts, sodass

sich Börsen weltweit auch erholen konnten. Im Gegensatz zu Deutschland, das gegen den Trend in eine Rezession schlittert, dank der hausgemachten destruktiven Wirtschaftspolitik. **Ideologie gegen Realwirtschaft.**

Deshalb könnte ein Depot jetzt auch 30% festverzinsliche Anleihen vertragen mit einer Laufzeit von 4-6 Jahren und guter Bonität. Aktien sollte man reduzieren auf 40%, Gold 5% und den

Rest in Liquidität halten. Aktienfonds, Indexfonds sind OK.

Fragen Sie ihren Berater oder Vermögensverwalter und machen sie ein Fragezeichen bei Immobilienanlagen, insbesondere bei geschlossenen Fonds. Prüfen Sie ihre Risikobereitschaft. Allerdings glaube ich daran, dass der DAX in den nächsten Jahren die Marke 18.000 knacken wird.

●KHW

Zitate

Manchmal bekomme ich angesichts heftiger Reaktionen bei der Rentendebatte den Eindruck, dass in diesem Land vor allem Dachdecker leben. Von denen erwartet natürlich keiner, dass sie mit 67 oder 69 noch auf das Dach steigen.

*Danyal Bayaz,
Finanzminister in
Baden-
Württemberg*

Im Ruhestand muss man nicht mehr tun, was sich rentiert, sondern kann tun, was sich lohnt.

*Ernst Reinhardt,
Schweizer Aphoristiker*

Die Zukunft der Rente - ein faires Erbe für die Jüngeren ?

Im Jahr 2018 hat die große Koalition **die doppelte Haltelinie** beschlossen. Zur Erinnerung: Das Rentenniveau sollte bis 2025 nicht unter 48% fallen und der Rentenbeitragsatz nicht über 20% steigen!

Die Ampel hat das nun geändert und will nur noch das Rentenniveau festlegen, und zwar dauerhaft auf die 48% des Netto-Durchschnittsverdienstes, also über 2025 hinaus. Bedeutet dies nun, dass der Beitragsatz über die 18% steigen wird?

Schließlich fehlt zur Frage der Finanzierung jegliche konkrete Aussage. Die Beschäftigungslage ist derzeit auf einem sehr hohen Niveau und wird in den kommenden Jahren eher etwas zurückgehen, mit der Folge geringerer Rentenbeitrags-Einnahmen. Denn die Babyboomer werden in Rente gehen und weniger Fachkräfte nachrücken. Daran kann auch ein Einwanderungsgesetz kaum etwas ändern.

Es ist deshalb davon auszugehen, dass die künftige Bundesregierung vor einem riesigen Finanzierungsloch stehen wird, ein Erbe, das sicher großes Kopfzerbrechen bereiten wird. Denn es dürfte wohl kaum möglich sein, das Rentenniveau zu senken, dazu fehlt mit Sicherheit der Mut. Und es wäre zumindest auch für die Bezieher geringe-

rer Renten nicht zumutbar. Den Beitragssatz zu erhöhen, wäre zwar theoretisch möglich, aber den Beitragszahlern – also der jüngeren Generation – kaum zumutbar?

Da zeigt sich jetzt, dass manche Entscheidungen der Vergangenheit nicht besonders klug oder weitsichtig waren - wie etwa die Rente mit 63 Jahren ohne Abschläge bei mindestens 45 Beitragsjahren.

Man müsste die Zuschüsse aus den Steuereinnahmen erhöhen oder trotz aller Bedenken auch den Beitragsatz, im schlimmsten Fall beides gleichzeitig.

Beides wäre ziemlich unfair gegenüber der jungen Generation, denn sie hat in den vergangenen Jahren schon genug für die Verbesserung der Rentensituation tragen müssen, ohne große Aussicht darauf zu haben, selbst irgendwann in den Genuss solcher Verbesserungen zu kommen.

Fazit: die nächste Bundesregierung hat ein riesiges Problem zu lösen.

Deshalb haben sich die Bundesminister Heil und Lindner etwas Neues überlegt. Das eine ist die dauerhafte Absicherung des Rentenniveaus bei 48% wie oben bereits erwähnt. Das Andere ist

die Idee, ein sogenanntes Generationskapital aufzubauen, dessen Mittel dann in Wertpapieren, also am Kapitalmarkt, angelegt werden.

Die gesetzliche Rente würde sich dann künftig aus drei Quellen finanzieren: den Beiträgen, den Zuschüssen aus dem Steueraufkommen und den Erträgen aus dem Kapitalmarkt. Dabei soll das Generationenkapital nicht aus den Beiträgen finanziert werden, sondern ausschließlich aus Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt.

Finanzminister Lindner denkt dabei aktuell an einen Betrag von 10 Milliarden Euro pro Jahr. Ob das ausreicht, ist ungewiss und umstritten. Skeptiker äußern natürlich auch gleich wieder Zweifel, ob damit wirklich Gewinne erzielt werden können und sprechen von **Spekulation**, die grundgesetzwidrig wäre, vor allem dann, wenn dafür eine Stiftung gegründet würde und der Bund diesen Betrag erst als Kredit aufnehmen würde, den er dann an die Stiftung weiterleitet.

• Diese Frage wird offenbar derzeit vom wissenschaftlichen Dienst des Bundestages geprüft. Man kann auf das Ergebnis gespannt sein. ●HPG

Liberaler Seniorentag 1. Juli 2023: Digitalisierung

Beim Liberalen Seniorentag der FDP/DVP-Landtagsfraktion drehte sich alles ums Internet

30% der Senioren in der Altersklasse 70 + X fehlen die notwendigen Kenntnisse, um mit Smartphone, Tablet oder Notebook an der digitalen Welt teilhaben zu können. Und dies, obwohl deren Verwendung nicht mehr aus dem Alltagsleben wegzudenken ist. Das ist ein großes Handicap. Ob die Erledigung von Behördenangelegenheiten, von Bankgeschäften oder Onlinebestellungen bis hin zu digitalen Rezepten, all das setzt fundierte Kenntnisse im Umgang mit Smartphones und Notebooks voraus.

Spätestens während der Coronapandemie mit ihren langen Lockdownphasen wurde jedem klar, wie wichtig funktionierende Netze und überall verfügbare Endgeräte sind. Diese muss man jedoch auch beherrschen können. Auch jetzt, nach der Coronazeit. Dieses wichtige Seniorenthema ist inzwischen überall angekommen. So hat sich der von der FDP-Fraktion des Stuttgarter Landtags ausgerichtete Liberale Seniorentag folgerichtig dem Thema „**digitale Teilhabe von Senioren gewidmet**“.

Mit seinem Grußwort eröffnete der Vorsitzende der FDP-Fraktion Dr. Ulrich Rülke die Veranstaltung im Plenarsaal des Stuttgarter Landtags.

Wolfgang Baumbast überbrachte als stellvertretender Landesvorsitzender der Liberalen Senioren die besten Wünsche von Herrn Dr. Allehoff. Laut Baumbast lag es sehr am Herzen, genügend technikaffine Senioren zu finden, die als ehrenamtliche Mentoren ihre weniger erfahrenen Altersgenossen im Umgang mit Handy und Tablet schulen.

„Wir brauchen niederschwellige Angebote, die dauerhaft zur Verfügung stehen, um interessierte Teilnehmer an dieses Thema heranzuführen und das Wissen und die Routinen im Umgang mit digitaler Technik zu verfestigen“, so Baumbast in seinem Redebeitrag.

Mit Professor Dr. Michael Doh von der Katholischen Hochschule Freiburg trat ein Experte an das Mikrofon, der sich intensiv mit der Nutzung von digitalen Endgeräten im Seniorenbereich beschäftigte. Er lenkte den Blick nicht nur auf die offenkundigen Vorteile der Nutzung von Smartphones und Tablets, sondern auch auf die gesundheitlichen und sozialen Aspekte, sowie das Mehr an Lebensqualität, das mit der Beherrschung von WhatsApp, Facebook, Onlinebanking oder Foto-Apps einhergeht. In einer anschließenden Podiumsdiskussion berichtete Dagmar Öttle über ihre Erfahrungen mit der Schulung von

Heimbewohnern im Umgang mit Videotelefonie, E-Mail-Verkehr oder surfen im Internet. Selbst im hohen Alter können sich Senioren noch für diese neue Technik begeistern und sich gegenseitig im Umgang mit Smartphone und Tablet unterstützen. Rudi Fischer fasste als seniorenpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion das Thema in seinem Schlusswort zusammen und betonte nochmals, wie wichtig die Möglichkeit der digitalen Teilhabe von Senioren jetzt und in der Zukunft ist. Um die Vermittlung von Praxiskenntnissen zu optimieren, richtet die LSI im Raum Oberschwaben ein Pilotprojekt ein.

●WB



Alle Referentinnen und Referenten waren sich einig, dass es bei den Älteren vor allem auf die Vermittlung von praktischen Kenntnissen in der Handhabung von Hard- und Software geht.

Digitales Pilotprojekt in Oberschwaben: Stufe 1

Digitale Teilhabe von Senioren so wichtig wie noch nie.

Sehr viele Seniorenverbände haben inzwischen erkannt, wie wichtig es ist, dass möglichst viele Senioren den Umgang mit Handy, Tablet und Notebook beherrschen. Deshalb gibt es mittlerweile viele Initiativen, um Senioren die digitale Teilhabe zu erleichtern und den Zugang zu Internet und Co durch niederschwellige Angebote zu erleichtern. Wichtig dabei sind geduldige Mentoren, - und nicht ungeduldige Enkelkinder - die in möglichst einfachen Worten erklären, wie Handys, Tablets und Notebooks funktionieren. Außerdem sollte die Unterrichtung nachhaltig über einen längeren Zeitraum erfolgen, damit sich Routinen herausbilden und verfestigen.

Das Pilotprojekt soll prüfen:

Was bringt es, wenn wir ganz vorne beginnen? Sobald die Grundlagen beherrscht werden, können weitere Vertiefungen erfolgen.

Also ganz von vorne:

- Wozu benötige ich eine SIM-Karte? Antwort: Damit kann ich mich überall mit dem Internet verbinden.
- Wo stecke ich sie rein? Antwort: Das ist von Modell zu Modell verschieden.
- Was ist ein W-LAN? Antwort: kabellose Internetverbindung innerhalb eines Hauses oder einer Wohnung.
- Worin unterscheiden sich iPhones und andere Smartphones? Antwort: Sie haben unterschiedliche Betriebssysteme.
- Was ist ein Betriebssystem? Antwort: Das Betriebssystem ist die Schaltzentrale, über die sämtliche Spezialprogramme (Apps) betrieben werden können.
- Welche Betriebssysteme gibt es? Antwort: Android und iOS.
- Was muss ich beim Aktivieren eines Smartphones beachten? Antwort: Passwort richtig eingeben.
- Wie komme ich in das Internet? Antwort mit einem entsprechenden Spezialprogramm (App) wie Google, Bing, oder DuckDuckGo oder mit einem Internetdienst

(Browser)

- Wie gefährlich ist das Internet? Antwort: Gar nicht. Gefahren lauern hauptsächlich beim E-Mail-Verkehr und beim Onlinebanking und in eingeschränkter Form bei den sozialen Medien.
- Wie navigiere ich zwischen den verschiedenen Spezialprogrammen (Apps) hin und her? Antwort: Indem ich immer wieder zum Startbildschirm zurückkehre und von dort aus das nächste Programm aktiviere.
- Was ist ein Startbildschirm (Homebildschirm und ein Homebutton?): Antwort: Der Startbildschirm ist die Titelseite des Smartphones.
- Was ist ein Touchscreen? Antwort: Ein berührungsempfindlicher Bildschirm.
- Welche Berührungen dienen welchem Zweck? Antwort: Indem man von links nach rechts, von rechts nach links oder von oben nach unten und umgekehrt wischt, blättert man wie in einer Zeitschrift hin und her. Wenn ich ein Spezialprogramm aufrufen möchte, muss ich es antippen. Wenn ich einen Text schreiben möchte, tippe ich die jeweiligen Buchstaben in der Tastatur

an (ja, jedes Smartphone hat eine digitale Tastatur).

- Wie verändere ich Lautstärke, Helligkeit, Schriftgröße, Dauer des Klingeltons? Antwort: Das kann ich über die Funktion „Einstellungen“ auf meine Bedürfnisse anpassen.
- Wie nehme ich Anrufe entgegen? Wie kann ich einen Anruf tätigen?
- Wie pflege ich meine Kontaktliste?
- Wie kann ich fotografieren?
- Wie kann ich meine Fotos bearbeiten?
- Wie kann ich meine Fotos archivieren?
- Wie kann ich mit meinen Kindern und Enkeln kommunizieren?
- Welche Möglichkeiten gibt es? Antwort: Telefonieren, Bildtelefon, Messenger, E-Mail.
- Wie kopple ich meine Hörgeräte mit meinem Smartphone?
- Wie nehme ich Anrufe entgegen oder höre über mein Hörgerät Musik?
- Wie finde ich mein Handy wieder, wenn ich es verlegt oder verloren habe?

Diese Basics werden in der Regel mit dem eigenen Tablet oder Handy geübt und die Fertigkeiten vertieft. Sobald diese beherrscht werden, können weitere Anwendungen vertieft werden.

Digitales Pilotprojekt in Oberschwaben: Stufe 2

Als Stufe zwei bietet bietet an:

- E-Mail-Verkehr
- Onlinebanking
- Einkaufen im Internet
- Nutzung digitaler Angebote von Behörden, Versicherungen, medizinische Einrichtungen
- Nutzung von Messengerdiensten wie WhatsApp, Signal oder Telegram zur Kommunikation mit Angehörigen und Freunden
- Soziale Medien wie

Facebook, X (früher Twitter), Instagram, Youtube, Pinterest

- Bearbeiten und Archivieren von Fotos,
- Erstellen von Fotobüchern
- etc. etc.

Für diese Unterweisungen sind viele ehrenamtliche Moderatoren erforderlich, die bereit sind, regelmäßig ihre Freizeit zu opfern, um ihren Altersgenossen die Freude am sicheren Umgang mit der digitalen Welt nahezubringen.

Unterstützt und ausgebildet werden diese Moderatoren beispielsweise durch das Landesmedienzentrum oder das Netzwerk Senioren Internet Initiativen Baden-Württemberg (Netzwerk Sii).

- Mitglieder der LSI sind bereits vor Ort in ihren Städten und Gemeinden aktiv. Bei Interesse können weitere Initiativen unterstützt werden. Anfragen nimmt Wolfgang Baumbast vom Pilotprojekt Oberschwaben entgegen.
- WB



Am 18. März 2008 haben sich Senior-Internet-Initiativen zu einem **landesweiten Dachverband „Netzwerk für Senior-Internet-Initiativen (sii) Baden-Württemberg“** zusammengeschlossen.

<https://netzwerk-sii-bw.de/category/aktuelles/>

Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung

Dass Deutschland im europäischen Rahmen bei der allgemeinen Digitalisierung nur im unteren Mittelfeld liegt, ist statistisch belegt.

Noch schlechter schneidet die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ab.

Fazit:
Die Studie untersucht den Stand der Digitalisierung in der deutschen Verwaltung und kommt zu dem Ergebnis, dass Deutschland in diesem Bereich immer noch einen erheblichen Nachholbedarf hat.

Vor allem der Föderalismus, aber auch komplexe Strukturen und komplizierte Rechtslagen stellen deutliche Hürden bei der Digitalisierung

der Verwaltung dar. Allerdings sind Bund, Länder und Kommunen dazu verpflichtet, bis Ende 2022 alle Verwaltungsdienstleistungen zu digitalisieren. Im Jahr 2023 soll dies dann auch auf europäischer Ebene umgesetzt werden.

Es gab in dieser Legislaturperiode zwar spürbare Bemühungen, die Entwicklung stockt jedoch, weil es an online verfügbaren Verwaltungsleistungen fehlt und diese jeweils bundesweit ausgerollt werden sollen.

So sind bis dato nur 14 von 115 Leistungen des Bundes flächendeckend online greifbar. Um die Digitalisierung der Verwaltung voranzutreiben, müssten laut Studie

mehr Innovationen und mehr Wettbewerb zugelassen und auch Fragen des Architekturmanagements in den Fokus gerückt werden.

Dänemark ist Spitzenreiter bei Digitalisierung in Europa

Im Bereich Breitbandkonnektivität erzielt Deutschland relativ zwar gute Ergebnisse. Trotzdem beeinträchtigen Engpässe bei Planungs- und Baukapazitäten den Netzausbau. Außerdem besteht nach wie vor eine digitale Kluft zwischen ländlichen und städtischen Gebieten.

- WHA

Das Bayerische Forschungsinstitut für Digitale Transformation veröffentlichte 2021 eine Studie zum Stand der Digitalisierung der deutschen Verwaltung. Herausgeber: Nationaler Normenkontrollrat

<https://www.bidt.digital>

Fahrtauglichkeitstest ab 65 und gewählt werden ab 16

Die Pläne der EU zu einem **Fahrtauglichkeits-Test ab 70 Jahren** haben in Deutschland eine Debatte zur regelmäßigen Fahrtauglichkeits-Prüfung ausgelöst. Der Deutsche Verkehrssicherheitsrat spricht sich klar dagegen aus.

Die Begründung: Eine regelmäßige Überprüfung sei unverhältnismäßig. Gegenüber der Deutschen Presse-Agentur erklärt der Verkehrssicherheitsrat: "Selbst Auto zu fahren, bedeutet für die meisten Menschen Unabhängigkeit und Flexibilität. Denn gerade für viele Ältere ist der eigene Wagen ein wichtiger Bestandteil ihres Alltags."

Auch Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) lehnt die Pläne ab. Er hatte der Bild am Sonntag gesagt: "Von der Idee, dass sich Senioren ab einem bestimmten Alter ohne weiteren Anlass regelmäßig einem Tauglichkeitstest unterziehen müssen, halte ich gar nichts."

In anderen EU-Ländern sind Fahrtests für Senioren schon Pflicht. In der Schweiz muss man ab 70 Jahren eine Kontrolluntersuchung wahrnehmen und bestehen, um die Fahrerlaubnis zu behalten. In Spanien müssen Autofahrer ab 65 alle fünf Jahre eine medizinische Untersuchung wahrnehmen. In Dänemark braucht man ab 75 Jahren ein ärztliches Attest, um seine Fahrerlaubnis zu verlängern.

Wichtig ist, dass im Alter die gesundheitlichen Voraussetzungen für das Autofahren gegeben sind. Neben regelmäßigen Sehtests sowie HNO-Kontrollen der Hörfähigkeit sollten Autofahrer checken, ob sie sich für den Schulterblick noch komplett umdrehen können. Zudem sollten sie sich in regelmäßigen Abständen auf Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes oder psychische und neurologische Erkrankungen untersuchen lassen. Die meisten tun das ohnehin.

Und dann gilt natürlich ohne Abstriche die liberale Respekt-Achtsamkeit.

Wer - ohne verpflichtenden Fahreignungstest - befürchtet, die Eltern oder Großeltern könnten ihre Fahrtauglichkeit falsch einschätzen, kann zunächst auf einige bestimmte Anzeichen achten. Kleinere Unfälle, mehrere Beinahe-Unfälle oder eine Häufung von Strafzetteln können ein Indikator für nachlassende Kompetenz beim Autofahren sein.

Dann soll man diese Beobachtung mit seinen Freunden und Verwandten ansprechen.

Während Fahrtauglichkeitstests im politischen Kampf um die Deutungshoheit geeignet sind, Ältere aus dem öffentlichen Leben heraus zu drängen, dient die Debatte um das Wahlalter ab 16 dem Ziel, die FFF-Kinder in Entscheidungspositionen zu bringen.

16-Jährige dürfen keinen Handyvertrag abschließen, sollen aber wählen können. Sie dürfen selbst nicht kandidieren und sind auch nicht strafmündig. Ein Widerspruch? Offenbar wohl nicht. Das erste Problem was der neue Berliner Senat aus Christlichdemokraten und Sozialdemokraten lösen will ist nicht die Görli-Park-Problematik, sondern das Wahlrecht ab 16.

Wohl wissend, dass die alte Volksweisheit noch gilt: Wer mit 18 kein Sozialist ist, hat kein Herz, wer es mit 40 immer noch ist, hat keinen Verstand.

Also geht es um die Marginalisierung der Älteren.

Kürzlich mischte sich sogar Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in die Debatte ein. Der Stimmenanteil von Älteren werde aufgrund der demografischen Ver-

schiebungen zunehmen. In einer solchen Situation sollte man darüber nachdenken, das Gewicht der Jüngeren durch eine Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre auch bei Bundestagswahlen auszugleichen. Sagte das deutsche Staatsoberhaupt. Aha. **Honi soït qui mal y pense**

Auch rechtlich ist der Vorstoß fraglich. Die volle Geschäftsfähigkeit ist erst mit 18 Jahren erreicht. Das Jugendstrafrecht gibt es aus gutem Grund. Denn Juristen, Psychologen und Pädagogen gehen von Jugendlichen aus, die noch nicht die volle Verantwortung für ihre Handlungen übernehmen können. Der Erziehungsgedanke steht im Vordergrund, nicht die Strafe. Der Diskussionsstand bei der LSI ist eindeutig:

- Es soll wieder mal ein gefühltes Problem einer Randgruppe "gelöst" werden
- Die Lösung schafft jedoch nur Widersprüche.
- Warum dürfen denn 16-Jährige, wenn sie denn angeblich schon so reif und erwachsen sind, nicht voll für ihr Fehlverhalten mit Gefängnis einstehen? Oder ihren Handyvertrag selbst abschließen?
- Von dieser Reform dürften Die Grünen profitieren, denn sie sind in dieser Gruppe erfolgreich. ●WHA

Buchbesprechung: Das Ende der liberalen Demokratie

Der Autor Norbert Patzner ist über offizielle Aussagen gestolpert, die ihn hochgradig erschreckt haben. Weil sie implizit besagen, dass die Demokratie als Staatsform nicht zur Bewältigung von epochalen Krisen taugt:

„...nur ein wohlmeinender Diktator (benevolent dictator) oder eine mit starken Sanktionsinstrumenten ausgestattete Weltregierung könne das Klimaproblem angehen“ (swp - Stiftung Wissenschaft und Politik)

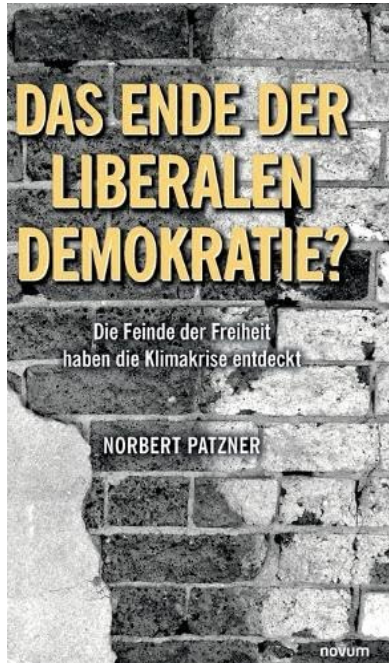
Oder

„Derzeit hat die Demokratie diese Zukunftsfähigkeit noch keineswegs unter Beweis gestellt ... Zeitdruck und Komplexität der Transformation werfen deshalb die Frage nach der Funktionsfähigkeit und Tauglichkeit demokratischer Systeme auf.“ (WBGU - Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung globale Umweltveränderungen“)

Und das Ziel sei, eben diese liberale Demokratie abzuschaffen.

GEGEN dieses Projekt hat er ein Buch mit dem Titel geschrieben: **Das Ende der liberalen Demokratie? Die Feinde der Freiheit haben die Klimakrise entdeckt.**

Das heißt sie benutzen die Klimakrise als Mittel zum Zweck der Abschaffung der Freiheit, wie wir sie kennen.



Die Hauptfrage, die den Autor umtreibt, ist: Wie kam es dazu, dass der Klimaschutz religiösen Charakter bekommen hat? Durch den aktuellen Rückgang der christlichen Kirchen ist der Klimaschutz in die Rolle einer Ersatzreligion gerückt. Wie im Mittelalter vor der Aufklärung ertönt der Ruf: Mensch - wenn Du Dein Seelenheil retten willst, halte inne und kehre um.

Der Autor analysiert die historischen Abläufe, wie in einem technologie-offenen Deutschland der 60er Jahre zuerst Unbehagen und dann Panik gesät wurde. Patz-

ner schreibt:

„Es war in erster Linie der Club of Rome, eine Gründung der amerikanischen Finanzaristokratie, der ab 1972 durch eine Flut von pseudowissenschaftlichen Büchern mit unverantwortlichen Szenarien ein Klima der Angst erzeugte. Er prophezeite das Ende der Rohstoffe und der Energie, eine nicht beherrschbare Überbevölkerung, Wasserknappheit, Hungersnöte, Seuchen, Artensterben und Umweltkatastrophen. Als Krönung all dieser Schreckensnachrichten kam Ende der 1980er Jahre durch Zufall auch die Klimakatastrophe dazu. Die Kernkraftlobby, die ihren CO2-freien Strom verkaufen wollte, war zweifelsfrei Erfinder dieser Idee. Der Finanzadel erkannte das Potenzial dieser Botschaft und hämmerte es mit unendlich viel Geld in unsere Köpfe ein. Nicht der Kernkraft zuliebe, sondern um die Transformation zu ermöglichen. Aber auch die Wirtschaft witterte neue Geschäftsfelder und Subventionen für die Dekarbonisierung.“

Während die anderen Europäer in Bezug auf Klimakrise und -wandel den Staat und den lieben Gott einen guten Mann sein lassen und ansonsten pragma-

tische Lösungen verfolgen, herrschen in Deutschland Endzeitstimmung und Panik vor.

Die Folgen der Klimapolitik für Deutschland sind verheerend: Wir haben die höchsten Energiepreise aller Industrieländer. Im gleichen Maß wandert die Industrie in andere Länder ab – weil man dort diesen Ehrgeiz nicht hat. Global steigt die CO2-Emission ungebremsst weiter an. Klimaschutz à la BRD dürfte eine der größten politischen Fehlleistungen der Geschichte sein.

Es findet eine gigantische Umverteilung von unten nach oben statt: Global werden jährlich hunderte von Milliarden an Subventionen verteilt, hunderte von Milliarden werden in nutzlose, aber höchst profitable Klimaschutzprojekte für die Investoren investiert.

Die Folge: Umverteilung von unten nach oben, eine Akkumulation von Finanzmitteln, ein Ausbluten der Massen, auch der Mittelschicht, und nebenbei kann der Vorgang benutzt werden, die Demokratie durch eine neofeudale Gesellschaftsordnung zu ersetzen – es fehlt nur (wörtlich) das „Gelegenheitsfenster“ oder „die eine große Krise“. Die politische Ernte steht also noch aus.

Wie das zu verhindern ist, dafür sollten wir das Buch lesen. ●WHA

Die abgelaufene Amtsperiode des aktuellen Vorstands war geprägt vom Versuch, die massiven Einschränkungen durch Corona zu bewältigen.

Dem dienen Newsletter zur Symptombekämpfung [Wege aus der Einsamkeit], aber auch der Versuch, uns themenmäßig breiter aufzustellen: Überlegungen zur Geldanlage im Alter sowie konstruktive Vorschläge zu einem zukunfts-festen Rentenkonzept.

Unsere Verbandsbrochure LSI Aktuell hat sich zu einem erfolgreichen Medium entwickelt und bildet zusammen mit der neu gestalteten Homepage das Rückgrat unserer Kommunikation nach innen und nach außen.

Unsere Themenhefte zu Schwerpunktthemen (Stadt-Land-Debatte; Gesundheit im Alter; Framing in der Politik) haben uns viel Lob eingebracht. Diesen Weg wollen wir weiter gehen. Kommen Sie zur MV.

Bitte prüfen Sie sich selbst, ob Sie für bestimmte Ämter kandidieren möchten. Wir suchen auch Themen-Experten für unsere Newsletter.

Einladung zur LSI Mitgliederversammlung 2023

Mitgliederversammlung mit Neuwahlen des Landesvorstands am 23. September 2023 im Tagungshotel „Goldener Pflug“ in Ludwigsburg

Vorläufiger Zeitplan:

- [Samstag 23.09.2023](#)
- **9:30 - 10:30**
Registrierung und Empfangskaffe
- **10:30**
Beginn der MV
- Grußworte
- Bericht des Vorstands
- Bericht der Kassenprüfer
- Entlastung des Vorstands
- **Themenreferat (Prof. Siegfried Franke)**
Deutschland ruiniert seine rechtsstaatlichen Institutionen [siehe Artikel auf Seite 11]
- **12:30 - 13:15**
Mittagsbuffet
- **13:15 - 14:15**
Kandidatenvorstellung und Neuwahlen
- **14:15 - 14:45**
Aussprache und Ausblick auf Projekte 2024
- **15:00 - 17:00**
Touristenprogramm

Die fristgerechte Einladung geht allen LSI Mitgliedern per Post zu. Etwaige Anträge sind auch fristgerecht zu stellen.

Der aktuelle LSI Landesvorstand



Dr. Wolfgang Allehoff
Vorsitzender



Wolfgang Baumbast
stellv. Vorsitzender



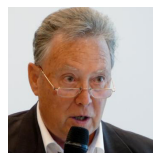
Hanspeter Gramespacher
stellv. Vorsitzender



Bärbel Noreikat
stellv. Vorsitzende



Heide Skudelný
Schriftführerin



Karl-Heinz Weinert
Schatzmeister

Der aktuelle geschäftsführende Landesvorstand ist ein eingespieltes Team und hat kundgetan, wieder für die Positionen zu kandidieren.

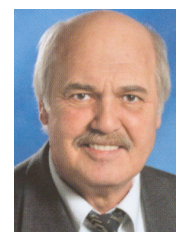
Die aktuelle Liste der Beisitzer ist:



Frank
Bantle



Liane
Bott-Völker



Günther
Hammer



Manfred
Härterich



Friedrich
Weinert

Laut LSI Satzung sind sieben Beisitzer im Vorstand vorgesehen. Zwei Positionen sind unbesetzt.

Einladung zur Bundesdelegiertenversammlung in Düsseldorf

Bundesdelegiertenversammlung mit Neuwahlen des Bundesvorstands der Liberalen Senioren am **7. Oktober 2023** in der Handwerkskammer Düsseldorf. Georg-Schulhoff-Platz 1 40221 Düsseldorf Zimmerkontingente: Hotel Astra Ueberstr. 36 40223 Düsseldorf

- [Freitag 6.10.2023](#)
- **15:30 - 16:30**
MV des Bundesfördervereins der Liberalen Senioren in der Handwerkskammer
- **17:00 - 18:00**
Mitgliederversammlung des BuVo Liberalen Senioren in der **Handwerkskammer**
- **19:00 - 22:00**
Besuch der Düsseldorfer Alt-Bier-Brauerei „Schumacher“
- [Samstag 7.10.2023](#)
- **9:30 - 15:00**
Delegiertenversammlung der Liberalen Senioren Bund in der **Handwerkskammer**

Als hochkarätige Referentin konnten wir die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses **Marie-Agnes Strack-Zimmermann** gewinnen.

Wegen der unterschiedlichen Organisationsstrukturen der Landesverbände der Liberalen Senioren (eingetragene Vereine zum einen und Vereine nach § 54 BGB zum anderen), haben wir einen **gemeinnützigen Förderverein** zur Unterstützung des Bundesverbands gegründet. Dieser trifft sich am Freitag um 17:00 Uhr.

Die eigentliche **Delegiertenversammlung mit satzungsmäßig vorgeschriebenen Neuwahlen** des Bundesvorstands findet am Samstag den 7.10. statt.

Eine Einladung mit Tagesordnung und Details zu Anreise und Hotel erhalten die Delegierten rechtzeitig. Die Teilnahme ist allerdings für jedes Mitglied der Liberalen Senioren möglich - aber halt ohne Stimmrecht bei den Abstimmungen. Der aktuelle geschäftsführende Bundesvorstand besteht aus: Detlev Parr, Bundesvorsitzender; Dr. Wolfgang Allehoff und Horst Friedrich, stellv. Bundesvorsitzende; Karl-Heinz Weinert, Schatzmeister; Dirk-Heinrich Heuer, Schriftführer. Assoziiertes Mitglied im Vorstand ist Eckart

Der aktuelle geschäftsführende Vorstand



Detlev Parr NRW



Dr. Wolfgang Allehoff BW

Horst Friedrich BY kandidiert nicht mehr.



Karl-Heinz Weinert BW



Dirk-Heinrich Heuer NS

George, der die Bundeshomepage betreut.

Satzungsgemäß sollen die 16 Bundesländer in den Beisitzerfunktionen abgebildet werden. Der detaillierte Schlüssel geht den delegierten zusammen mit der fristgerechten Einladung zu.

Landesvorsitzende sind - sofern sie nicht über Beisitzerfunktionen schon im Bundesvorstand vertreten sind - automatisch kooptiert. Der Bundesvorstand kann themenspezifische Experten berufen.

Themen zum Beispiel:

- Rentenkonzepte
- Digitalisierung im Gesundheitswesen
- Rechtliche Aspekte in der Pflege

Horst Friedrich aus Bayern kandidiert nicht mehr.

Für diese Position haben zwei Bewerber ihre Kandidatur angemeldet:

Der bisherige Schriftführer

- Dirk-Heinrich Heuer aus Niedersachsen und
- Elmar Conrads-Hassel, Landesvorsitzender aus Nordrhein-Westfalen.

Die Herren werden sich vorstellen und ihre Kandidatur begründen.

Redaktionsteam / Themen / Termine

Liebe Mitglieder und Freunde der LSI,

mit unseren Themen sind wir auf der Höhe der Zeit:

- Fokus auf **gesundheitsstärkende Faktoren**
- Fokus auf **Sicherheit und Prävention**
- Fokus auf architektonische **Wohnkonzepte, die nicht erst im Alter beginnen**
- Fokus auf **Lernkonzepte, die lebenslang gelten**
- Fokus auf **generationenübergreifende Lösungsansätze**
- Fokus auf **bürgerschaftliches Engagement**

Ihr Redaktionsteam

Redaktionsteam;

Dr. Wolfgang Allehoff (WHA)
Wolfgang Baumbast (WB)
Klaus Kastner (KK)
Heidemarie Skudelny (SKY)
Dr. Kurt Sütterlin (KS)

Autoren dieser Ausgabe:

Hanspeter Gramespacher (HPG)
Karl-Heinz Weinert (KHW)

Gastbeiträge

Prof. Dr. Siegfried Franke

Nächste LSI-Aktuell-Themen

1. Digitale Mediennutzung für Senioren
2. Lebenslanges Lernen aus LSI-Sicht

Aufruf zur Mitarbeit:

Unser LSI-Aktuell kann nur so informativ sein, wie Sie – unsere Leser – aktiv an der Gestaltung mitarbeiten. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften an unsere zentrale E-Mail-Adresse

info@liberale-senioren-bw.de

Terminankündigungen:

- 23.9.2023 LSI Mitgliederversammlung mit Neuwahlen in Ludwigsburg
- 7.10.2023 Bundesdelegiertenversammlung der Liberalen Senioren in Düsseldorf (mit Neuwahlen)
- 19.10.2023 Besichtigung der Firma INIT in Karlsruhe
<https://www.initse.com/dede/home/>
Informieren Sie sich auch auf unserer Homepage.

Liberaler Senioren Initiative Baden-Württemberg

Rosensteinstr. 22
70191 Stuttgart

info@liberale-senioren-bw.de

Inhalt

Transformation und meritorische Güter (WB/WHA)	Seite 1/5
Ampel verliert Zustimmung / Gründe (WHA)	Seite 6/7
Der Klima- und Transformationsfonds (WHA)	Seite 8
Florida und Texas wehren sich gegen Woke (WHA)	Seite 9
Deutschland ruiniert Institutionen (Siegfried Franke)	Seite 10/11
Finanzen (KHW)	Seite 11
Die Zukunft der Rente (HPG)	Seite 12
Liberaler Seniorentag 2023 (WB)	Seite 13
Digitales Pilotprojekt Oberschwaben ((WB)	Seite 14 /15
Digitalisierung: Öffentliche Verwaltung (WHA)	Seite 15
Fahrtauglichkeitstest (WHA)	Seite 16
Buchbesprechung liberale Demokratie (WHA)	Seite 17
Einladung zur LSI-MV mit Neuwahlen in Ludwigsburg	Seite 18
Bundesdelegierten-Versammlung Düsseldorf	Seite 19